FORUM: RUMÄNIEN

Kilometer Null

Politische Transformation und gesellschaftliche Entwicklungen in Rumänien seit 1989

Thede Kahl/Larisa Schippel (Hg.)

Frank & Timme

Verlag für wissenschaftliche Literatur

Thede Kahl / Larisa Schippel (Hg.)
Kilometer Null

Thede Kahl / Larisa Schippel (Hg.)
Forum: Rumänien, Band 10

Thede Kahl / Larisa Schippel (Hg.)

Kilometer Null

Politische Transformation und gesellschaftliche Entwicklungen in Rumänien seit 1989

Frank & Timme
Verlag für wissenschaftliche Literatur

Umschlagabbildung: Markierung des „Kilometers 0“ auf dem Universitätsplatz von Bukarest – einer der Schauplätze des Aufstandes von 1989. Foto: Martin Jung, 2009.

Diese Publikation wurde ermöglicht durch die großzügige Unterstützung des Rumänischen Kulturinstituts, Bukarest (Institutul Cultural Român, Bucureşti).
Die Herausgabe der Reihe „Forum: Rumänien“ wird durch die Österreichisch-Rumänische Gesellschaft gefördert.

ÖSTERREICHISCH-RUMÄNISCHE GESELLSCHAFT
www.austrom.eu Societatea Austro-Română

ISBN 978-3-86596-344-4
ISSN 1869-0394

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2011. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch das atelier eilenberger, Leipzig.
Printed in Germany.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

Inhaltsverzeichnis

Grußwort (Silvia Davidoiu) 7

Kilometer Null. Zwanzig Jahre seit Rumäniens Neustart
(Thede Kahl, Larisa Schippel) 9

Romania, 20 Years After: What Does It Mean?
The Rise and Decline of a Myth
(Vintilă Mihăilescu) 11

Rumänien seit 1989: Die außenpolitische Dimension
(Valeria Heuberger) 25

Olé, Olé, Olé – Ceauşescu nu mai e! Darstellung und Wahrnehmung
des Umsturzes in der deutschsprachigen rumänischen Presse
(Friederike Mönninghoff) 39

Kriminell, korrupt und rückständig – Rumänien und
seine Stereotype in den Medien
(Claudia Salden) 65

Kaum geändert (?) – das Bild Rumäniens
in rumänischen Filmen vor und nach 1989
(Lucia Cepoi) 89

Die rumänisch-moldauische Grenze nach 1989 zwischen
nationaler Euphorie und Europäisierungsdruck
(Andrei Avram) 103

Entstehungskontexte des Centru Civic. Auf dem Weg zum vertieften
Verständnis des neuen Stadtzentrums der rumänischen Hauptstadt
(Sergei Melcher) 121

Die Entstehung des Memorial Sighet, der „Gedenkstätte
für die Opfer des Kommunismus und für den Widerstand“
(Martin Jung) 143

Die Entwicklung der Meinungsfreiheit und ihrer Strafbarkeit
(Petrea Lindenbauer, Michael Tolstiuk) 169

Bucharest Metropolitan Area – urban development and
environmental changes during the transition period
(Ines Grigorescu) 183

Migration in Romania between 1944 and 1989 and 20 years later:
An account of the Banat Region
(Simone Wersching) 199

Die Daker und der Zeitgeist: Rumänische Geschichtsschreibung vor und nach 1989
(Anne-Marie Avrămuț) 231

Schurke oder tragischer Held? Zum Nachleben Decebals im Römischen Reich
(Fritz Mitthof) 241

Cetăţi dacice din Munţii Orăştiei
(Răzvan Mateescu) 255

Der rumänische Antikfilm der 1960er Jahre
(Alexander Juraske) 279

Die ungarische Minderheit und die rumänische Revolution
(Othmar Kolar) 291

Roma in Rumänien zwischen Sündenbock und Ressource. Eine Bestandsaufnahme von zwei Jahrzehnten Wissenschaft und Gesellschaft
(Joachim Krauß) 307

De la limba de lemn, la „modernizarea" forţată a românei
(George Bogdan Țâra) 323

Derivatele româneşti recente între lingvistică şi extralingvistică
(Cristian Moroianu) 339

Literatura Evanghelicilor – Expresie a discursului identitar
(Mircea Păduraru) 357

Rumäniens Aufbruch in die Welt der Religionen. Transsylvanische Unitarier als theologische Brücke zum Islam
(Heinz P. Gstrein) 375

Verjährt, amnestiert, vergessen? Die rumänische Justiz und die strafrechtliche Aufarbeitung
(Julie Trappe) 389

Transitional Criminal Justice in Post-Communist Romania
(Raluca Ursachi, Raluca Grosescu) 405

Das rumänische Zivilrecht in den zwei Jahrzehnten nach der Revolution von 1989
(Christian Alunaru) 423

Grenzübergang
(Hans Dama) 471

Die Autoren 479

 © Frank & Timme Verlag

Grußwort

Szenen vom Forum România VII., 15.-17.10.2009. Links: Eröffnung im Johannessaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; rechts: Auditorium im Rumänischen Kulturinstitut (Fotos: G. Kohn).

Sieben Jahre danach könnte man dieses einleitende Wort betiteln, um das schöne Alter der löblichen, im deutschsprachigen Kulturraum einzigartigen Initiative des *Forum România* (Rumänien-Forum) im rechten Licht erscheinen zu lassen. Dieser Gedanke entsteht in Anlehnung an das sich fast von selbst anbietende, dadurch jedoch nicht weniger treffsicher gewählte Thema des vorjährigen Treffens: „20 Jahre danach". Und dieses Treffen war in der Tat eine ertragreiche Fügung der Umstände: Die siebenjährige Erfahrung mit dem *Forum România* enthielt in sich bereits die Empfehlung, sich mit dem immer noch spröden, jedoch für eine wissenschaftliche Verwertung allmählich reif gewordenen Thema des 20jährigen Bestehens des postkommunistischen Rumänien zu befassen.

Neben den interessanten Schlussfolgerung zur Entwicklung des rumänischen Staates und der rumänischen Gesellschaft der letzten zwanzig Jahre in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht bot das *Forum România VII* den erneuten Beweis der Möglichkeit und Notwendigkeit des Zusammenwirkens von rumänischen, deutschen und ös-

terreichischen Wissenschaftlern aus den verschiedensten Bereichen bei der Erforschung gemeinsamer oder allseitig bereichernd austauschbarer Werte der mitteleuropäischen Geistigkeit.

Einer besonderen Erwähnung ist auch die inzwischen reich belegte Buchreihe *Forum: Rumänien* wert, die durch die Arbeit innerhalb des Forums angeregt wurde und gleich eine doppelte Funktion zu erfüllen verspricht: die Klärung noch nicht bzw. nicht ausreichend erforschter Abschnitte und Momente der rumänischen Geschichte der letzten hundert Jahre einerseits und die Förderung des Austausches im geisteswissenschaftlichen Feld andererseits.

Nach seiner 7. Tagung ist das *Forum România* schon zu einer festen Tradition in der geisteswissenschaftlichen Landschaft Mitteleuropas geworden. Wir begrüßen dies und wünschen Gründern, Veranstaltern und Teilnehmern auch in der Zukunft den gleichen überzeugenden Erfolg, den ihre Tätigkeit auch bis jetzt geerntet hat.

I.E. Silvia DAVIDOIU
Außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin
Rumäniens in der Bundesrepublik Österreich

Auf dem Forum România VII., 15.-17.10.2009. Links: Besucher des Abendvortrages; rechts: Die wohlverdiente Pause! (Fotos: G. Kohn).

© Frank & Timme Verlag

Kilometer Null.
Zwanzig Jahre seit Rumäniens Neustart

Thede KAHL (Jena) und Larisa SCHIPPEL (Wien)

2009 war das Jahr der „Wende"-Jubiläen. Von allen Umbrüchen in Ost- und Südosteuropa war der rumänische in jenen Dezembertagen des Jahres 1989 wohl der bis heute umstrittenste, was sich auch in den Bezeichnungen des Ereignisses – von Revolution über Putsch, Staatsstreich, „gestohlene" Revolution oder mittlerweile einfach „die Ereignisse" – widerspiegelt. Jene Tage zwischen dem 15. bzw. 17. Dezember (Beginn der Unruhen in Timişoara um den reformierten Pfarrer Tökes) und dem 22. Dezember 1989 (Großkundgebung in Bukarest, ursprünglich von Ceauşescu angesetzt, die dann aber in eine Protestkundgebung gegen das Regime und seine Exponenten umschlug) ließen die Welt aufhorchen und für kurze Zeit ein Land in den Mittelpunkt geraten, das sonst eher am Rande der Aufmerksamkeit lag. Die dann einsetzende Entwicklung Rumäniens führte das Land nicht nur in die „euro-atlantischen Strukturen", sondern ging einher mit einer Neu- und Umwertung der Werte, einem Umbau des Wirtschafts-, Rechts- und Sozialsystems, der Schul- und Hochschulstrukturen, der Rundfunk- und Fernsehlandschaft und veränderte für seine Bevölkerung nahezu alle Lebensgrundlagen.

Es lag daher nur nahe, dass sich im Jahre 2009 die jährlich in Wien stattfindende Tagung *Forum România* dem Thema des Wandels während der vergangenen 20 Jahre annahm. Unter den Beiträgen sind auch einige, die auf den ersten Blick den Eindruck erwecken könnten, als würden sie sich um andere Themenkreise drehen. So mag man sich fragen, was Beiträge zur alten Geschichte in unserer Sammlung zu tun haben. Doch wer sich vergegenwärtigt, wie stark Themen wie die Herkunft der Rumänen, Kontinuität und Diskontinuität des Rumänischen oder das religiöse Leben tabuisiert und idealisiert wurden, wird schnell feststellen, dass die politische Wende auch eine Wende für die Wissenschaften bedeutete. Da

es erst im Laufe der Transformationsphase zu einer Stärkung der Meinungsfreiheit kam, handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um den *Kilometer Null* der wissenschaftlich objektiven Auseinandersetzung mit zahlreichen eher heiklen Themen.

Der vorliegende Band will mit dem Titel *Kilometer Null* in Anspielung an den Kilometerstein auf dem Universitätsplatz von Bukarest als einem der Schauplätze des Aufstandes von 1989 deutlich machen, dass sich Fachleute und Nachwuchswissenschaftler/innen aus der Perspektive ihres Fachs mit den Neuorientierungen, Entwicklungen und Fehlentwicklungen dieser zwanzig Jahre auseinandersetzen, einen kritischen Blick auf die rumänische Transformation und ihre Träger/innen, auf ihre Erfolge und Fehlschläge werfen, die Vergangenheitsanalyse *à la roumaine* unter die Lupe nehmen sowie die Wahrnehmungen der Rumänen und ihres Landes von außen reflektieren. Die hier gewonnenen Einsichten bieten ein breites Spektrum heutiger rumänischer und rumänistischer Forschungen und lassen in ihrer für das *Forum România* spezifischen Mischung junge und erfahrene Wissenschaftler/innen zu Wort kommen.

Für das fleißige Sortieren der vielen Buchstaben – die Hilfe bei der Formatierung und das Korrekturlesen in den einzelnen Sprachen – bedanken wir uns herzlich bei Sabine LEFÈVRE (Berlin), Roman HUTTER (Wien) und Ioana NECHITI (Wien).

Wien im Oktober 2010

© Frank & Timme Verlag

Romania, 20 Years After: What Does It Mean? The Rise and Decline of a Myth

Vintilă MIHĂILESCU (Bucharest)

Romania, twenty years after... Nothing seems to be more obvious. Now that there have been twenty years since the communism in Romania (also) fell, everybody is talking about this, everybody has something to say – and there is much to say about indeed! But what about? About all the things and events that have taken place in all these years, perhaps taking into consideration some criteria which will put things into order, which will introduce a hierarchy among the most important things. Which would be that criteria, after all? The more I thought about this topic and tried my best to point out the most remarkable issues and stakes of these years, things became less and less "obvious".

Twenty years after... Due to Monsieur Dumas, an outstanding symbolic figure, this period of time, otherwise unimportant, turned into something full of meaning, something important and particular that can be expressed in one memorable sentence! But how would such a sentence look like? What do these twenty years represent, after all, what meaning can be attached to them, not as a sequence of events but as a full period of time in itself? Not for the official commemoration of the fall of the wall or other equivalent events – this is already a festive routine, displayed in some precise space and time – this is something else. What then? Maybe it is – or should be about – a commemoration, an effort of bringing in our minds, not only an original event, but a whole lap of time; not only different other events that occurred during this period of time, but their common meaning, the sense of this time itself. What is, in fact, the *meaning* of these years, what *sense* do they make when seen as a whole? In the next second after I wrote down this question I was stroke by the "evidence" of the answer that came to my mind: *back then we **knew**, now we **don't know anymore**!* However, it took me some time to un-

derstand – and to accept – that maybe this "answer" is the very core of these *twenty years afte*r. Reformulated, this "answer" sounds like this: Everything that has essentially taken place in these last twenty years was the rise and decline of a myth, the ecstasy followed by the agony of a deep societal belief that surrounded this myth. As a consequence, in order to be identified, this myth was named *transition*.

And it took me even much more time to realize that I don't know very well how to speak about the even more "evident" part of this sentence: *Romania*. Can "Romania" be the subject of *these* "twenty years later", Romania alone, Romania by itself and as a whole? Or, to reverse the question: speaking about Romania involves underlying its peculiarities, what makes it to a specific subject; but how else can we address these specificities if not by (re)placing the country in the more comprehensive frame of "Eastern Europe" or Europe or even the whole Brave New World after the fall of communism? Anyhow, I believe that speaking about *Romania twenty years after* cannot possibly *make sense* if we only have in mind Romania and Romania alone. We have been all the time part and parcel of a much larger game even if we have been much too excited about playing our own parochial game to really take that important fact into consideration. On the other hand, only twenty years are not enough to understand their historical sense –not even if we also took into consideration the communist period. We are part of a *longue durée* that has to be kept in mind.

As a conclusion, approaching the meaning of these "twenty years after" implies a broader space and time frame of reference than that of Romania taken alone and that of a period of only twenty years.

What was 1989 and what came after?

What did *We*, all of us, know in 1989 that we do not know anymore or we are not any longer sure of? What did we believe in the early 90s and started to doubt about twenty years after?

 © Frank & Timme Verlag

Rising this question, a long list of answers may come to everybody's mind. Probably all of us would agree that 1989 was, first of all, a shared feeling of **freedom**: a *feeling* that was simply there, in the air, with no need to be explained or elaborated. In fact, it turned out that it was rather the exciting feeling of a *liberation from* and *liberty of* every person than the ever challenging issue of Freedom written large. This state of mind had gotten roots in the very nation-building of these countries, born out of dead empires and fighting for their *collective independence* of their people rather than for the *individual freedom* of their citizens. 1989 was such a *collective liberation* too. Unquestioned and chaotically practiced, individual freedom thus quickly turned into a problem difficult to solve: *what should we do now, each of us, with our freedom?* – more and more voices from the public aroused. We still don't know what the "good practices" of freedom really are...

The list of initial certainties and subsequent doubts can go on with plenty of issues. First comes, probably, **anti-communism**: we (almost) all shared in these days the belief (or at least the make-believe...) that communism is bad and we are good anti-communists. But the shift from we (almost) all are communists to we (almost) all are anti-communists was not an easy affair which could take place over night. In Romania, for instance, the old communist devil of Silviu Brucan was smiling in these first days of enthusiasm, warning us that it will take more than twenty years for Romania to be able to deal with its past.. And here we are, twenty years after, speaking about "democratization without decommunization". Of course, some societies managed this shift better than others, however, none was able to entirely over-rule communism and its heritage out of its daily life. To some extent, this may also be due to the fact that the target was and remained for most of the people *anti*-communism instead of *non*-communism, i.e. a reactive opposition to communism rather than an active positioning apart from communism. In its turn, anti-communism was also an essential mean of legitimating both eastern elites and western policies. According to Martin Simečka, the fight about the communist past during the last twenty years was rather a

fight of legitimating those who should just have resumed to interpreting it. The process of legitimating by an anti-communist stance was proportional with the feelings of rage and guilt on the eastern side and with feelings of fear on the western one. It is interesting to note, in this respect, that the first to step back from unquestioned anti-communism were unquestionable anti-communists such as Adam Michnik, for instance, warning us not to fall again in the trap of secret police, this time by trusting naively their archives and compulsive "lustration" procedures. On the other hand, the more uncomfortable the feelings of a society about its communist past are, the more over-reactive its anti-communist claims become. It is the case of Romania, for instance, whose inefficient over-reaction is also due to a strong feeling of guilt: We had no real "anti-communist resistance" and we started anti-communist fight by a murder, so that we had to voice stronger anti-communist claims! We see now, however, that this compensatory anti-communist claim is not enough to over-rule communist practice. Or, to put it in Herta Müller's terms, how can one pretend to be a real anti-communist without trying to understand the events as there truly were?

Furthermore, we also *knew back then*, that we had to throw overboard the socialist **state** and its institutions and replace it with the good, liberal state. But this "minimal" state soon turned out to be much too minimalist, beyond even the liberal elites' suspicions of "paternalism" and social state nostalgia, supposed to be still active in the "collective mentality". Some weeks ago, Cristian Pîrvulescu even spoke about the "captive state". As a result, we are still unclear about what a "good state" should actually mean.

Hand in hand with these reactions toward the state were the attitudes toward the **nation** and its national(istic) discourse and practices. All of them had to be "deconstructed" as misleading "grand narratives", as pernicious myths hindering future European integration – or at least as obsolete statements in an era of triumphant post-modernity. I believe that nobody can honestly negate that this was a beneficial cure! But nation is still on stake, and the old and new problems it raises were not solved by

 © Frank & Timme Verlag

"deconstruction" alone. The national issues stroke back again and again and "national interest" is more and more mobilized by most of the politicians, to such a degree that we are now confronting with the emergence of a new "unique party", the *National Populist Party*, so to say, undermined only by its different competing fractions, self-labelled as liberal, social-democrat or whatever else.

Of course, we also *knew* that collective, state **property** was a fake and that we have to get back our properties. So we hurried to dismantle "communist" properties, from agricultural cooperatives and factories to domestic "nationalized" goods. In this rush, many properties were just destroyed, throwing the baby with the bathwater. Some countries – such as Romania – have been more "efficient" in this respect than other countries. Even the state and the public domain became, in different ways and to different degrees, objects of this golden rule of *privatization*. On the other hand, it soon became obvious that this firm will to *get back our property* does not concern all of us and if it does, not in the same degree, nor the same way. Moreover, the very idea of "property" was not the same for all Romanians. For many of them, of peasant origins, the propriety was (also) the result of good "administration": *I have been taking care of this house (or this plot) for more than forty years; therefore it has now become mine!* This was the stance of many people. Property trials were, as a consequence, mushrooming everywhere in the country.

Nevertheless, the wish of *owning* was spread all over the country, bringing beautiful dreams to winners and nightmares to losers. Less visible, but probably even more important, *private* owning fever pushed to the back the vital problems of the *public goods*. Public domain in Romania is a rather depressing by-product of this radical privatization.

Last but not least, we all knew that from now on we are free again to express and practice our religious beliefs. Thousands of new churches have been built all over the country and new cults have flourished in all these past years. According to all opinion polls, the Church has become the most trustworthy institution in Romania. Only that the religion's new

revival also meant embracing the old orthodoxy and its intolerance: we still do not know yet how to handle this emerging religious diversity and the Orthodox Church is interfering again in State affairs, tacitly accepting even to get involved in electoral competitions. On the other hand, religious beliefs are more and more imbued with a kind of mysticism, people standing in line for all kind of blessings, starting with their brand new cars and ending with each new government or parliament, hopping for all kinds of miracles. In God we trust, then and now, this belief remaining probably the only unchallenged during these past twenty years.

These general trends may be – and have been – presented in many different ways. In a conference held some months ago, here in Vienna, Janos Mathias Kovacs resumed them as follows: According to initial expectations, "the transition has proven more radical/liberal in terms of capitalist development than expected by a great majority of people in Eastern Europe. Allegedly, the economies have turned out to be more privatized and marketised, the politics more party-based and business-centred, and the societies more polarized and less solidary than predicted. Civil society is weaker, and the populist/nationalist pressures are stronger than anticipated. Furthermore, *Realpolitik* has overshadowed social imagination, risk-taking and innovation; and the project of (more) direct democracy with strong communitarism, ecological, cultural, etc. commitments, including self-management, profit-sharing, cooperative regimes, basic income schemes, non-profit organizations, etc. have faded away. Imitation replaced experimentation." And more or less the same may be presented in still many other ways, in softer or more radical voices.

What is then common, in this respect, to all of this, what sense do they make? It is simply the fact that *back then we believed we knew and now we know we cannot believe any longer*! We know this to such an extent that we are tempted to doubt even the very facts that should remain an evidence: that we became, in a way or another, free people in free countries – even if we don't know yet what the concept of Freedom really means!

 © Frank & Timme Verlag

It seems that these "twenty years after" are about some betrayed expectations. Even more: about the rise and decline of a myth...

The new grand narrative: transition

1989 represented indeed a revolution. Not only because it changed a regime for another but more so because it replaced a grand narrative with another: instead of the communist *myth of the New Man*, post-communism started the next day by preaching the *myth of transition*. As in cases of mass conversion, we could believe in those days that everything was just about demolishing false idols – or, in more mundane and post-modern terms, just about a healthy deconstruction. It took quite a lot of time to realize that we have been embarking for the bright horizon of another myth. And we are still not always aware of the fact that these two myths, the communist and the capitalist one, are just twin enemies...

The poster of a conference on social change that I attended in Novi Sad several years ago was representing the transition as a large highway indicator pole over a straight racing track. One could imagine the post-communist nation-cars at the starting line racing their motors, with their drivers gazing the finish line. When I softly suggested that this straight line representation of transition has been challenged to some extent in the last time, a Serbian colleague smiled at me: *Well, we just started some years ago. The next time you'll come, you'll find a poster with a labyrinth*.

For most of the people, transition just meant being back on the road, after half a century of off-road misfortunes. Some other post-communist notions (and practices), such as "de-cooperativization" or "de-industrialization", inforced this view of a unique main-road: one has to go on the reverse from the dead-end roads of communist cooperativization and industrialization up to the original crossroad where one can restart on the capitalist highway.

The main point here is the unquestioned belief in the very existence of the road, turning the back to the past and opening the way for a bright

future. Time itself was thus framed into an evolutionistic and optimistic mainstream temporality. In the case of Romania, this "myth" was turned into open credulity, with over 80% of the population being for many years committed pro-European fans, believing that future itself would bring a better life – *in Brussels we trust!* – was the new credo of most Romanians.

Once the existence of the road was assumed, the rest was just a technical problem concerning having road-maps drawn by connoisseurs, carefully observed by racing teams. "Transition" was thus designed as a win-win process, equally legitimating both sides, the need of the West to confirm his know-how and comfort his leadership and the eagerness of the East to join the club.

But these road-maps were in fact just up-dating the map of the world drawn some centuries ago, when Modernity was looking for a highway connecting the *Primitive* with the *Civilized* man, the Past and the Future of mankind – what Françoise Paul-Lévy, a French anthropologist, called "primitivist ideology". In this respect, transition was just the expression of a "neo-primitivist ideology", which has changed the name of the highway from *evolution* into *development*: at the start line, the Primitive was replaced by the under-developed countries gazing at the finish line of the most developed countries. Thus, the marketing of "transition" also re-branded the core teleological myth of modernity. And people were happy again believing in its promised land...

From transition to post-communism: the evanishing myth

Transition ended with integration. However, some racing-teams are still on their way, and some seem to be lost on unmarked cross-roads. Looking retrospectively, it seems even that, in fact, there was no highway at all and everybody had to make his/her way through. Consequently, analysts suggest changing the one-way "transition" with the more open-ended expectation of "post-communism". It is much more accurate, but also much more frightening...

 © Frank & Timme Verlag

More frightening, because in this approach there is just a farewell without any promised future, because in this case post-communist societies are left to their own faith and responsibility: *drive in or die out!* More frightening also, because of a more complex cause: the evanishing of the very myth of transition and thus of modernity itself. In this respect, we can say that post-communist people became more and more...post-modern, meaning that they replaced more and more the optimist trust in the meta-narratives of modernity by cynical scepticism. Nevertheless, as James Ferguson observed in the case of Africa, "what Lyotard's celebratory formulation misses, is the fact that so many people having been cheated and betrayed by this turn of events". In the case of post-communist countries, as in the case of Zambia studied by the American anthropologist, "recent crisis is not only an economic crisis but a crisis of meaning, in which the way that people are able to understand their experience and to imbue it with significance and dignity has (for many) been dramatically eroded".

The teleological myth of modernity is a myth in both current senses, of "a false or factually inaccurate version of things that has come to be widely believed", and as "a cosmological blueprint that lays down fundamental categories and meanings for the organization and interpretation of experience". In this second sense, the myth of modernity is not just the mirror in which some renowned ideologists or leading elites like to admire their prophetic countenance, but a *fact* of this very world, part and parcel of its everyday life. If you ask a Romanian peasant about the reason why he spent all his money earned in Italy or Spain to build his extravagant house, he will answer you that he just wanted to be modern too. It turns out, therefore, that being "modern" means to catch up with urban, western, development standards. The "meta-narrative" was moulded down into current expectations that die hard...

In post-communist countries, this growing delusion and the perceived failure of a happy-end transition are attributed frequently to the agency of some hidden "crypto-communists", as recently noticed by G. M. Tamás: it is, it has to be *their* fault, not *ours*! "Real" transition – as "real

socialism" was before – should have been different... On the other hand, any systematic doubt about the almighty model of capitalism is frequently perceived as an unpardonable heretic act. President Obama, for instance, is scaring most of the Romanian intellectual elites: if market economy and capitalist state are revisited, this cannot mean but a returning ghost of "socialism". Very few are prepared to reconsider their dreams of welfare capitalism without fearing that this will also lead to the out-ruling of capitalism in general – and of their dreams in particular...

In this respect, the paradox of these years is that transition technically succeeded (we are really part of Europe!), but is now experienced as a lie – or at least as an unfulfilled dream. And here we are, "betrayed and cheated", for a family snapshot at the finish-line of transition. We joined the world, indeed.

A post-peasant society?

Transition and post-communism alike meant for many people a mere return to pre-communism, remaking a broken continuity of democracy and sophisticated cultural life. But, as pointed out by G. M. Tamás on several occasions, this idea of continuity was a mirage. No such system existed in Eastern Europe before – he says – but only a backward agricultural society. Tamás is over-emphasizing this rural background and its subsequent socialist modernization in order to give more force to his left-wing arguments, but I think that he is nevertheless right insofar as this pre-communist past was indeed turned into a mirage, an idealized reference legitimating our status of "former" European country and over-ruling communist modernization as mere off-road wandering. This idealized representation of the pre-communist past thus served our enthusiastic come-back-where-you-belong. None the less, things are indeed more complex than this wishful thinking. Of course, the above statements are not equally true for all post-communist societies and not to the same degree. But they are certainly true for Romania – and this is what marks, in a way, the difference. Furthermore, it is a certainty too that a broader

 © Frank & Timme Verlag

time-frame has to be used in order to better understand the characteristics of this short lap of "twenty years after."

Let us remember that Romania is the country with the most numerous rural (around 50%) and agricultural (about one third) population in Europe and that this state of affairs is our ID when joining the club of the European Union. Let us also remember that communism did not manage to dismiss this inner enemy of the Marxist-Leninist ideology turning *conservative* peasants into *revolutionary* proletarians. Moreover, starting mainly with the 70s, the communist regime in Romania reinforced in an unintended and paradoxical way the rural status and peasant-based kinship networks. Rural-urban "diffuse households" were current adaptive strategies producing a large social phenomenon described by the American anthropologist Gerhard Creed as "domestication of industry". To phrase it in a different way, the ideological must of industrialization and urbanization was in fact counterbalanced (to some extent) by an unpredicted and diffuse process of "peasantification". These were the foundations on which the new capitalist market and pluralist democracy had to be built after 1989 and not the golden thirties most of the national intelligentsia was dreaming of. This was actually our heritage at hand, and not only the communist one.

And it went on being our neglected social and economic context. Decooperativization and the successive agrarian (not agricultural!) laws were supposed to reinforce our "good peasant", while de-industrialization was acting for the dismantling of "bad proletarian", a paternalist "profiteer" of the communist regime. The result was a demographic growth of the rural population, with a reversal – for the first time in the past century – of the rural-urban migration flows in the late 90s. Domestic economy turned to be again a solution for millions of people, with external migration fuelling household rather than market welfare. However in the context of European integration all these activities became suddenly (*de jure* not *de facto*) illegal: On the first January 2007 all of us celebrated accession; on the second January the cheese producers found out that their traditional household production is forbidden according to

European market laws and went on strike. It was the "official" day of what I called several times "the death of the peasant".

Coming from the *director of the Peasant Museum*, this statement was perceived by most of the people as outrageous. And they were right insofar the Romanian society is not yet prepared to question its peasant-based nation-building. But this was precisely what was at stake in this statement. It is not only communism that is dead, but also a traditional and defining peasantry that, dismissed by market economy, has to bid farewell, *We* are thus not only a post-communist, but also a *post-peasant society*, having to cope with this puzzling heritage. However, in order to succeed in this respect, we first have to face the very root of the problem.

It is a complex problem with a multitude of aspects and dimensions. Its socio-economic dimension is the most visible aspect: How to turn over night, without any kind of preliminary grounding (and this was a main mistake of all the pre-accession governments) a third of the active population into something else, into agricultural or non-agricultural market-oriented performing actors? Romania has still no answer to this question... To this socio-economic aspect, one has to add the cultural one, what most of the people call "mentality": If the *social* category of peasantry is dying out, its culture and habits will last for a long time. How should this actual heritage be addressed otherwise than as the emotional dichotomy between "our good traditional peasant" versus "our stupid and conservative peasant"? Again, as far as this matter is concerned, no vision and no strategy have been developed.

Last but not least, there is also another, even more complex dimension of this problem: its symbolic aspect. The myth of the peasant stands at the core of our early nation-building, and since then, we have been used to define ourselves as a nation by referring to this "traditional" peasant, with pride or shame, identifying with him or claiming, as Noica did in the 30s, that "we don't want to be any longer the peasants of history!" Nonetheless, we still need the symbolic figure of the peasant because without him we don't know any longer who we are!

 © Frank & Timme Verlag

The label of "post-peasant society" is addressing precisely this problem, the fact that the Romanian society has to face and to solve the recent "death of the peasant", the aftermath of a *longue durée* nation-building myth without throwing the past with the bathwater of deconstruction. It also has to recover some components of an unfinished modernization without over-ruling this rather pre-modern legacy.

*

Twenty years after, we don't believe any longer in the myth of a straight-forward transition: There is no simple way to a bright future! Instead of a unique road-map of common goals, there are alternative ways and there (also) have to be particular country maps. However, Romania still does not have a country project! After twenty years of market capitalism, our national hero, the peasant, is dying out demographically, economically and symbolically: no shared idyllic past either. Romania still does not want to kiss good-bye! In a broader view, not just for Romania but for all of us, there is neither *Glorious Past* nor *Bright Future* left, but just past and future: end of the game, welcome to real life! The celebrated *end of history* missed the rendezvous.

It is certain that nobody can live such a blind time; we all need a kind or another kind of historical fairytale. The teleological myth of modernity was squeezed out, dreams have been sailed out, and however, modernity must go on! We just have to find out how...

Rumänien seit 1989: Die außenpolitische Dimension

Valeria HEUBERGER (Wien)

Abstract

After the fall of the Iron Curtain in 1989, Romania, like other post-communist countries in East and Southeast Europe, underwent fundamental political, economic and social changes. The priority of Romanian policy consisted since the early 1990s in becoming a member of the European Community and NATO. Especially for the USA and NATO, states like Romania, with their geopolitical role as neighbours of the politically sensitive Black Sea region, became of interest as partners for alliances in the areas of security and mutual military assistance during periods of political turmoil like the Kosovo crisis at the end of the 1990s and the Iraq war in 2003. The aim of Bucharest to become a member of the European Union led to controversial debates among the "old" EU-member states, but Romania finally gained membership on January 1st, 2007.

Zur Einführung

Bei der Eurobarometer Umfrage 70 „Die öffentliche Meinung in der EU", erhoben zwischen 6. Oktober und 6. November 2008, also knapp vor Anbruch des Jubiläumsjahres 2009, in dem der Fall des Eisernen Vorhangs begangen wurde, kam auch die Frage vor, ob die Osterweiterung der Europäischen Union seit 2004 die Europäische Union gestärkt oder geschwächt habe. Das Ergebnis zeigte auf, dass zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs dieser vielfach immer noch, wenngleich symbolisch, eine mentale Grenze darstellte. In den seit 2004 bzw. 2007 neu zur EU gekommenen Mitgliedstaaten waren 59% der Befragten der Meinung, dass die Erweiterung eine Stärkung bedeuten würde, in den alten Mitgliedstaaten hingegen meinten 40% in der Erweiterung eine Schwächung der EU zu sehen (*Eurobarometer* 70 2008: 65). Die befragten

Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen EU-Staaten waren also durchaus geteilter Meinung über den Nutzen der Erweiterung. Die Freude und Euphorie unmittelbar im Jahr 1989, dass jahrzehntelang jenseits des Eisernen Vorhangs gelegene europäische Staaten und ihre Bürger nunmehr „wieder an Bord“ waren, dass sie demokratische Institutionen entwickeln und auch ihre Außenpolitik im Hinblick auf die Integration in EU- bzw. transatlantische/ euroatlantische Strukturen neu ausrichten konnten, sollte als Folge neuer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen im europäischen sowie im globalen Rahmen immer wieder in den Hintergrund treten.

Der Fall des Eisernen Vorhangs 1989 hatte das Ende der kommunistischen Regime im Osten und Südosten Europa bedeutet und einen entscheidenden Wendepunkt für europäische Einigungs- und Integrationsbestrebungen dargestellt, die seit 2007 in der Herausbildung einer Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten und rund 500 Millionen Einwohnern resultierten. Seit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien mit 1. Januar 2007 wurde die Schwarzmeerküste zur neuen EU- und NATO-Außengrenze mit allen damit verbundenen sicherheits- und energiepolitischen Aspekten. So treffen hier Russland, auch eine energiepolitische Führungsmacht, und die Türkei aufeinander (PIEHL 2007), wobei der Türkei als Beitrittswerber zur EU und mit ihrer zunehmend starken Ausrichtung in die Kaukasusregion einerseits (z.B. Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen zu Armenien im Oktober 2009) und in Richtung Naher Osten andererseits, wo eine engere politische, wirtschaftliche und auch militärische Kooperation mit Nachbarstaaten wie Syrien (z.B. gemeinsame Militärübung mit Syrien im April 2009) oder auch dem Iran angestrebt wird bzw. bereits stattfindet, eine besondere politische Rolle zukommt.

Die geographische Lage Rumäniens und ihre politische Bedeutung als „Gelenk im östlichen Teil Mitteleuropas“, als Drehscheibe zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen, wurde von den rumänischen politischen Vertretern in den 1990er Jahren häufig thematisiert. Der Aspekt der Religion, d.h. die mehrheitliche Zugehörigkeit der Rumänen zur Or-

© Frank & Timme Verlag

thodoxie, ist unter dem Stichwort „theologische Dimension der Erweiterung“ von Bedeutung: Vor dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien war Griechenland das einzige mehrheitlich orthodoxe Mitgliedsland der EU gewesen, und im Zuge der Beitrittsdebatten konnte man immer wieder auch Stimmen gegen eine Erhöhung des Anteils der Orthodoxen hören, es wurde also bei Erweiterungsdebatten nicht nur die „Islamkarte“ gespielt, sondern auch das “christliche Abendland“ nur unter der Einschränkung der Zugehörigkeit zum lateinischen, römisch-katholisch bzw. protestantisch geprägten Europa gesehen.

Im Folgenden soll der Blick auf Rumänien und die es umgebende Region aus der Perspektive der neuen politischen und strategischen Gegebenheiten im regionalen wie im überregionalen Bereich erfolgen. Grundlegende Aspekte dabei betreffen Entwicklungsprozesse, wie sie sich nach dem Ende des Kalten Krieges durch das Aufbrechen einer Fülle neuer, bislang in dieser Form nicht gekannter, asymmetrischer Konflikte sowie des Zerfalls von Staaten in Südosteuropa, dabei Nachbarländer Rumäniens wie Jugoslawien betreffend, ergeben haben. Von Interesse ist dabei auch, mit welchen Erwartungshaltungen aus transatlantischer Perspektive die politische Annäherung an Rumänien erfolgte. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Agieren der USA im größeren globalen Kontext; für den europäischen Bereich gilt, dass hinsichtlich einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die EU-Staaten keineswegs immer einer einheitlichen Linie folgten: War die Epoche des Kalten Krieges im Rahmen einer bipolaren Weltordnung politisch „überschaubar“ gewesen, wurde die Zeit danach durch staatliche Fragmentierung und eine wachsende Zahl asymmetrischer Konflikte beherrscht. Der Zerfall der „alten“ Weltordnung bewirkte auch eine Polarisierung zwischen alten und neuen Mitgliedern bzw. Beitrittswerbern der EU. Beispiele für diese unterschiedliche Sicht- und Herangehensweise waren der Kosovo-Konflikt Ende der 1990er Jahre und der Irakkrieg 2003. Tomáš Valášek (Direktor des Bereichs Sicherheit und Verteidigung am Centre for European Reform in London) verwies hierfür in einem 2005 in der Cambridge Review of International Af-

fairs erschienen Beitrag (VALÁŠEK 2005) auf das dysfunktionale Gleichgewicht der EU vor Kriegsausbruch und während des Krieges.

Zur Integration Rumäniens in die EU sowie in transatlantische/ euroatlantische Institutionen

Wie bietet sich nun der Blick von außen, d.h. die transatlantische bzw. europäische Schau, sozusagen im Zeitraffer, auf den rumänischen Staat dar? Betrachten wir kurz die politischen Eckdaten. Noch aus der Herrschaftszeit von Nicolae Ceauşescu (26.1.1918-25.2.1989) rührte die Aufnahme von Kontakten zur damaligen Europäischen Gemeinschaft. Rumänien war das erste mittel- und osteuropäische kommunistische Land, mit dem Brüssel offizielle Beziehungen aufnahm. Das bilaterale Abkommen zur Aufnahme Rumäniens in das „Allgemeine Präferenzsystem" stammte aus dem Jahr 1974 und ein weiteres Abkommen über industrielle Produkte wurde im Jahr 1980 unterzeichnet (s. *Euractive*).

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bukarest und der EU 1990 kam es im Mai 1991 zum Abschluss eines Handels- und Kooperationsabkommens, dem mit 1. Februar 1995 ein Assoziationsabkommen (Europa-Abkommen) folgte. Mit dem 7. Oktober 1993 wurde Rumänien als zum damaligen Zeitpunkt 32. europäischer Staat Mitglied des Europarates. Am 22. Juni 1995 stellte Rumänien den offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, eine Entscheidung aus Brüssel wurde aber erst zwei Jahre später, im Dezember 1997, bei einem Treffen in Luxemburg getroffen. Der eigentliche Beginn der Beitrittsverhandlungen ist mit einer Konferenz am 15. Februar 2000 in Brüssel anzusetzen, wobei das Ziel der Verhandlungen die Übernahme und Implementierung des Rechtsbestandes der Gemeinschaft, acquis communitaire, war (CORBEA HOISIE 2008: 301). Mit 1. Januar 2002 wurde die Visapflicht für rumänische Staatsbürger aufgehoben, am 29. März 2004 erfolgte der Beitritt zur NATO und mit dem 1. Januar 2007 erlangte Rumänien schlußendlich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Das Jahr 2007 als Datum für den Beitritt Rumäniens war auf dem Gipfel

© Frank & Timme Verlag

von Kopenhagen im Dezember 2002 von den Staats- und Regierungschefs der EU festgesetzt worden. 2004 erklärte der damals für Erweiterungsfragen zuständige Kommissar Günther Verheugen (geb. 28.4.1944) einen Beitritt Rumäniens im Jahre 2007 als „ein realistisches Szenario... Rumänien befindet sich in einer entscheidenden Phase – es mag schwierig sein, es ist aber möglich" (s. *Euractive*). Im Juni 2004 entschied sich die EU dafür, eine „Schutzklausel“ für Rumänien und Bulgarien einzuführen: Sollten beide Länder die politischen und wirtschaftlichen Beitrittsvoraussetzungen nicht erfüllen, so sollte sich der Beitritt um ein Jahr verschieben (CORBEA HOISIE 2008: 302). Mit 17. Dezember 2004 erklärte Brüssel, dass es die Fortschritte Rumäniens hinsichtlich seiner Vorbereitungen für den Beitritt anerkenne. Es wurde festgehalten, dass Rumänien mit 1. Jänner 2007 „in der Lage sein wird, zum vorgesehenen Zeitpunkt seines Beitritts sämtliche aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen“. Dabei hatten die europäischen Staaten seit 1989 die spezifischen politischen Entwicklungen Rumäniens genau beobachtet: Im Rückblick noch die sehr „spezielle Form“ der Machtausübung unter Ceauşescu, die nach Anneli Ute Gabanyi (GABANYI 2008: 59) „singuläre“ Form des Machtwechsels sowie auch den weiteren Weg rumänischer Innen- und Außenpolitik in den 1990er und 2000er Jahren. Am 22. Februar 2005 befürwortete Brüssel die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit Rumänien, deren Vollzug im April 2005 stattfinden sollte. Am 25. April 2005 erfolgte in Luxemburg die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit einer Mehrheit von 497 pro-Beitritts-Stimmen bei 71 Stimmenthaltungen und 93 Gegenstimmen. Rumänien konnte nunmehr als Beobachter die Sitzungen der EU und ihrer Institutionen verfolgen (CORBEA HOISIE 2008: 301). Am 25. Oktober 2005 veröffentlichte die EU-Kommission einen ersten Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen in Rumänien, am 26. September 2006 legte sie einen abschließenden Bericht vor, wodurch dem Beitritt zum 1. Januar 2007 nichts mehr im Wege stand. Dennoch wurde auf die Dringlichkeit weiterer Reformen verwiesen. Falls diese nicht erfüllt werden sollten, so würde die Kommission Schutzklauseln vorschreiben und dies könnte auch

zum Aussetzen der Fördermittel aus Brüssel führen. Der geplante EU-Beitritt hatte im Vorfeld lange und intensive Debatten sowohl in Rumänien als auch in den Mitgliedstaaten der EU ausgelöst, politische Instabilität und anhaltende Wirtschaftsprobleme trugen seit Mitte der 2000er Jahre dazu bei, dass zahlreiche EU-Länder die Beitrittsverhandlungen Rumäniens sowie auch Bulgariens mit Vorbehalt betrachteten. Die Einbindung Rumäniens in europäische bzw. internationale Bündnisse schritt aber doch weitgehend zügig voran, wobei seit Beginn der 1990er Jahre der „euroatlantische Integrationskurs" als außenpolitische Vorgabe für Bukarest galt. Dazu gehörten nach Ansicht von außenpolitischen Beratern des damaligen Staatspräsidenten Ion Iliescu (geb. 3.3.1930) aus dem Jahr 1992 „das Wohlwollen von zumindest zwei ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates", gute Beziehungen zu Deutschland und der GUS bzw. zur Russländischen Föderation (FÜRST 2008: 131). Angestrebt wurden auch „normale" Beziehungen zu den USA, das „Beobachten" des Balkanraums mit dem Bestreben nach einer politischen Beruhigung und Stabilität sowie gute Wirtschaftsbeziehungen in den Mittelmeerraum und in den Nahen Osten. Anfang Oktober 1993 erklärten die im Bukarester Parlament vertretenen Parteien, dass der Beitritt zu „europäischen und euroatlantischen Strukturen", d.h. zur Europäischen Union sowie die NATO-Mitgliedschaft, als wichtigste Ziele gesehen wurden (FÜRST 2008: 118). Kontakte zur NATO wurden bereits seit Oktober 1990 gepflegt, als der Botschafter Rumäniens in Brüssel mit der Einleitung von Beziehungen betraut worden war. Im Dezember 1991 erfolgte die Teilnahme Rumäniens am Nordatlantischen Kooperationsrat und mit 26. Januar 1994 beteiligte sich Rumänien als erstes der ehemals kommunistischen Länder an der von der NATO initiierten „Partnerschaft für den Frieden", im Mai 1995 wurde diese Partnerschaft dann besiegelt. Rumänien, so seine politischen Führer, müsse einfach den euroatlantischen Institutionen beitreten. Dies wurde begründet mit der geographischen Lage, weil es durch die Zugehörigkeit zur lateinischen Zivilisation einfach zu Europa gehöre, und weil der Beitritt auch wirtschaftliche Sicherheit und dadurch mehr Stabilität bringen würde. Vor allem der Wirt-

© Frank & Timme Verlag

schaftsbereich galt als zentrale Frage, Iliescu hatte 1994 in einem Interview sogar von einem „neuen Wirtschaftsvorhang“ in Europa gesprochen, der ebenso schwer wie der Eiserne Vorhang des Kalten Krieges wäre (FÜRST 2008: 141-142).

Ein weiterer wichtiger außenpolitischer Aspekt für Rumänien lag in den Beziehungen zu den USA, für die wiederum aufgrund der geänderten geopolitischen und strategischen Gegebenheiten der internationalen politischen Lage nach 1989 Rumänien zu einem wichtigen Partnerland wurde, so etwa im Fall des Kosovo-Konflikts. Rumänien hatte im Oktober 1998 der NATO die auf „besondere Situationen und Notlagen“ begrenzte Genehmigung zum Überfliegen rumänischen Territoriums erteilt. Im Februar 1999 erfolgte die Errichtung eines von rumänischem und amerikanischem Militär gemeinsam errichteten Luftraum-Überwachungszentrums. Auf Ersuchen der NATO vom 18. April 1999 hinsichtlich der Öffnung des Luftraums für NATO-Flugzeuge wurde die Anfrage vom Parlament in Bukarest am 22. April positiv beantwortet. Zwischen 23. und 25. April 1999 fand in Washington ein NATO-Treffen statt, auf dem für die NATO-Beitrittswerber wie eben Rumänien ein Plan (MAP, Membership Action Plan) zum procedere des Beitritts erstellt wurde. Mit 29. November 1999 wurde rumänisches Militär als Teil der Kosovo Force, KFR, in den Kosovo entsandt (CORBEA HOISIE 2008: 296-297) und auch im Irak war Rumänien vertreten, bis Juli 2009 mit noch rund dreihundert Soldaten; zwischen 2003 und 2009 waren rund 7000 rumänische Militärangehörige im Irak stationiert gewesen (s. *Banatblog* 2009). Der Krieg im Irak sollte auch die strategische Bedeutung Rumäniens für die USA stark erhöhen: Als das türkische Parlament Anfang März 2003 keine Genehmigung für den Einmarsch von amerikanischen Truppen in den Nordirak über türkisches Territorium erteilte, sollte in der Folge Südosteuropa, vor allem der Schwarzmeer-Raum, von zunehmendem strategischen Wert für Washington werden. Rumänien wurde beispielsweise als Nachschubbasis wichtig. Diese Aufwertung war aber nicht unumstritten, so bestand auch bei anderen EU-Beitrittswerbern die Befürchtung, dass die rumänische Nähe zu den USA negative Auswir-

kungen auf die europäische Integration erlangen könnte (KEIL 2006: 538-539). Auch dies war ein Aspekt der politischen Transformation: Die EU neigte dann dazu, Staaten wie Rumänien als „trojanisches Pferd“ zu sehen, die eine engere Beziehung und Nähe zu den USA höher bewerteten bzw. zu bewerten schienen als die Einbindung in die politischen Strukturen der EU.

Transatlantische/ euroatlantische Dimensionen

Ende der 1990er und in den frühen 2000er Jahren, so Anneli Ute Gabanyi, hatten die EU und auch die USA die Mitgliedschaft Rumäniens in der EU und die Einbindung in die Strukturen der NATO als bedeutenden Faktor für die politische Stabilisierung der Region gesehen. In Rumänien selbst kam es hinsichtlich innenpolitischer Fragen und der weiteren außenpolitischen Ausrichtung zu schwerwiegenden Differenzen zwischen Staatspräsident Traian Băsescu (geb. 4.11.1951) und Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu (geb. 14.1.1952), die dazu beitrugen, dass für die EU Rumänien phasenweise als ein politisch unberechenbarer Partner erschien. Die innen- und außenpolitischen Divergenzen kulminierten zwischen Băsescu und Popescu-Tăriceanu dermaßen, dass die Demokratische Partei Băsescus aus der Regierung austrat und die Sozialdemokratische Partei eine Minderheitsregierung stellte, die ein erfolgloses Amtsenthebungsverfahren gegen Băsescu einleitete. Dieser hatte, entgegen den Bestimmungen der Verfassung, wonach der Staatspräsident nur begrenzte außenpolitische Agenda wahrnehmen konnte, eine besonders enge politische Zusammenarbeit zwischen Rumänien und den USA sowie Großbritannien verfochten und gab dieser Einstellung offensichtlich mehr Priorität als dem EU-Beitritt (GABANYI 2008: 66). Zu den Spannungen trugen auch die sich seit Mitte der 2000er Jahre häufenden Berichte über die enge nachrichtendienstliche Kooperation vor allem zwischen Polen und den USA bzw. Rumänien und den USA bei, weiters um den Bestand von geheimen Lagern, in denen Terrorverdächtige, z.B. in Afghanistan festgenommene Personen, illegal inhaftiert, verhört und

 © Frank & Timme Verlag

misshandelt wurden, etwa im Hinblick auf die von den USA seit 2002 eingerichtete Militärbasis Mihail Kogălniceanu. Untersuchungen des Europarats, der diesbezüglich einen Sonderberichterstatter ernannte, führten 2007 zu einer diplomatischen Verstimmung Rumäniens und dem temporären Rückzug aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (s. *Südosteuropa* 2007).

Obwohl Rumänien zum Zeitpunkt der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 noch kein NATO-Mitglied war, beteiligte es sich an den darauf folgenden Militäraktionen wie z.B. „Enduring Freedom" in Afghanistan. Im März 2002 hatte in Bukarest ein Gipfeltreffen der Beitrittskandidaten zur NATO stattgefunden und am 30. April 2002 bestätigte Rumänien die Teilnahme an der Militäroperation. Am 13. Dezember 2002 wurden die Beitrittsgespräche zur NATO offiziell eröffnet und am 26. März 2003 kam es in Bukarest zur Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls. Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Istanbul vom 28.-29. Juni 2004 beteiligte sich Rumänien dann bereits als Mitglied. Im Oktober 2004 besuchte der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (geb. 9.7.1932, 1975-1977 und 2001-2006 Verteidigungsminister) Rumänien (KRASKE / PUHL / SCHWABE 2005), und am 6. Dezember 2005 erfolgte die Unterzeichnung eines Nutzungsabkommens für vier Militärstützpunkte mit einer Laufzeit von zehn Jahren zwischen der damaligen Außenministerin der USA, Condoleeza Rice (geb. 14.11.1954) und ihrem rumänischen Amtskollegen Mihai-Răzvan Ungureanu (geb. 22.9.1968). Die Vertragsverlängerung sollte automatisch erfolgen, wenn er nicht ein Jahr vor Ende der Laufzeit von einem der Vertragspartner aufgekündigt würde. Die Erklärung für die Affinität zahlreicher ehemals kommunistischer Staaten in Ost- und Südosteuropa zu den USA war nach polnischer Auffassung, die aber auch für andere Staaten der Region galt, dass nur die USA die nötige militärische Kapazität für Sicherheit in Europa besitzen und bieten können. Auch bei der Lösung regionaler Probleme galten die USA als „hyperpower", die man einzubeziehen habe. Gleichzeitig wurde aber betont, dass die USA zwar die militärische Dominanz besitzen würden, im Rahmen der NATO aber die Unterstützung der europäischen Verbünde-

ten benötige. Außenminister Mircea Geoană (geb. 14.7.1958, Außenminister 2000-2004), der auch die rumänische Unterstützung für den Irakkrieg 2003 maßgeblich getragen hatte, antworte etwa auf die Frage, warum sein Land die USA unterstützte: Rumänien habe große strategische Bedeutung für die NATO, wozu die Rolle des Schwarzen Meeres als Ostflanke des Bündnisses beitragen würde (FÜRST 2008: 152-153). Rumänien betrachte sich als Regionalmacht und bot sich für Washington daher als einer der wichtigsten Verbündeten in Europa an, in dem es auch Militärstützpunkte einrichtete. Sobald das Parlament den diesbezüglichen Vertrag ratifiziert habe, werde Rumänien für die Region eine „Säule der Stabilität" sein, so auch Staatspräsident Traian Băsescu. Für die USA war dieser Vertrag Teil einer Strategie, mit der auf die weltpolitischen Änderungen seit dem Kalten Krieg reagiert wurde. Auch von amerikanischer Seite wurde die Bedeutung Rumäniens hervorgehoben: Es sei bemerkenswert, dass in den rund 16 Jahren seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Rumänien dieses Land ein starker Verbündeter innerhalb der NATO geworden sei und den USA gestatte, Truppen auf rumänischem Boden zu stationieren, bemerkte die damalige amerikanische Außenministerin Condoleeza Rice anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens vom 6. Dezember 2005, das die Einrichtung von vier Militärstützpunkten auf die Dauer von zehn Jahren vorsah. Washington plante die Stationierung von bis zu 1.500 Soldaten, auf der Basis Mihail Kogălniceanu sollte ein Oberkommando eingerichtet werden. Der Flughafen dieser Basis wurde von den Amerikanern bereits seit 2003 genutzt, und zwar als Nachschub-Basis für die im Irak befindlichen Truppen, nach dem der NATO-Partner Türkei aufgrund eines Parlamentsbeschlusses von Anfang März 2003 den Nachschub über türkisches Staatsgebiet untersagt hatte. Die USA waren aufgrund der Änderung und Adaptierung ihrer strategischen Pläne bedingt durch die neuen geopolitischen Gegebenheiten zunehmend an flexiblen, kostengünstigen Einrichtungen mit kleinen Truppenkontingenten interessiert. Vor allem aus Deutschland sollte ein Großteil der Truppen abgezogen werden: Mehr als 73.000 amerikanische Militärangehörige von rund 112.000 Angehörigen der US-

© Frank & Timme Verlag

Streitkräfte in Europa waren in Deutschland stationiert. Durch die Schließung von Stützpunkten in Westeuropa sollte die Truppenstärke auf rund 67.000 verringert werden, dafür die Präsenz in den postkommunistischen Staaten gestärkt werden, so auch in Rumänien an der Schnittstelle zu wichtigen geopolitischen Regionen wie dem Schwarzmeer-Raum (s. *Euronews* 2005). Diese Aufwertung Rumäniens wurde auch von seinen Politikern propagiert, so von Traian Băsescu, der die Rolle des Landes als Teil eines geostrategisch heiklen Gebietes hervorhob. Zu Jahresbeginn 2005 sprach er beispielsweise davon, dass „Rumänien am Westufer des Schwarzen Meeres eine Rolle spielen sollte wie... Großbritannien am Ostufer des Atlantiks"; würde Rumänien diese Rolle nicht wahrnehmen können, dann würde es auch innerhalb von EU und NATO eher erfolglos sein. Diese Ansicht lag noch in der Enttäuschung aus dem Jahr 1997 begründet, als auf dem NATO-Gipfel in Madrid der rumänische Beitritt zunächst noch abgelehnt worden war (HEINTZ 2006: 177). Erst das nachhaltige Interesse Washingtons bewirkte dann die doch relativ zügige Aufnahme, galten doch sowohl Rumänien als auch Bulgarien als strategisch bedeutend für den Zugang zum Schwarzen Meer mit ihrer Nähe zu den energie- und auch sicherheitspolitisch wichtigen Region des Kaukasus.

Die Außenpolitik Rumäniens, so z.B. die Moldova-Frage betreffend, lag aber nicht immer im Gleichklang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), sozusagen der „zweiten Säule der EU" (erste Säule ist die Europäische Gemeinschaft), basierend auf der Zusammenarbeit der Regierungen ohne damit verbundenen Souveränitätsverzicht (SIEDSCHLAG / OPITZ 2008: 74), sondern war vielfach durch nationalrumänisch geprägte Vorstellungen geprägt. Ein zweites heikles Thema betraf die Kosovo-Frage. 1999 hatte Rumänien zwar den NATO-Einsatz unterstützt, die Frage der Unabhängigkeit Kosovos wurde allerdings doch ablehnend gesehen und Rumänien sprach sich neben Bulgarien, Griechenland, der Slowakei, Spanien und Zypern dagegen aus. Bei einem Besuch des damaligen serbischen Präsidenten Boris Tadić (geb. 15.1.1958) in Bukarest nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos am

17. Februar 2008 stellte dieser denn auch fest, dass die EU wohl doch nicht eine einheitliche Ansicht zur Unabhängigkeit Kosovos habe (GABANYI 2008: 66-67).

Von grundlegender Bedeutung ist jedenfalls für die EU und somit auch für Rumänien sowohl die Schaffung von Sicherheit – im Inneren, wirtschaftlich, energiepolitisch – als auch die Arbeit an einem gesamteuropäischen Stabilitätsraum, der sich auch auf die nicht-EU-Zone (oder vielmehr noch-nicht-EU-Zone) erstreckt. SIEDSCHLAG & OPITZ (2008: 88-89) verweisen darauf, dass ungeachtet der heterogenen Zusammensetzung der EU-Mitglieder „Handlungsblockaden" verhindert sowie „Kohärenz im sicherheitspolitischen Außenhandeln" verringert werden sollen. Angesichts einer in der EU nach wie vor vielfach bestehenden Auffassung von einer „Überdehnung", d.h. der zu rasch vollzogenen Erweiterung in den Osten und Südosten durch die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens, gar nicht zu sprechen von weiteren Ländern wie der Ukraine, sind hinkünftig noch intensive Debatten über das Zusammenwachsen Europas auch mit einer transatlantischen/ euroatlantischen Dimension zu erwarten.

Literatur

Banatblog 2009: Rumänien zieht Truppen bis 31. Juli aus dem Irak ab 2009 (Abruf August 2010), *http://www.banatblog.eu/rumaenien-zieht-truppen-bis-31-juli-aus-dem-irak-ab*

CORBEA HOISIE, Andrei (2008): Rumäniens Beitritt zur NATO und EU. In: SCHWARCZ, Iskra; SUPPAN, Arnold (Hg.): Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung. Wien, Europa Orientalis 5, 295-307.

Euractiv (Abruf: August 2010) – *www.euractiv.com/de/erweiterung/beziehungen-zwischen-rumnien-eu/article-130596.*

Eurobarometer 70: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. *http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_first_de.pdf* (2008, Abruf: September 2010).

 © Frank & Timme Verlag

Euronews, 7.12.2005: Rumänien. Einer der wichtigsten Verbündeten der USA (Abruf Oktober 2009), *http://de.euronews.net/2005/12/07/rumaenien-einer-der-wichtigsten-verbuendeten-der-usa*.

FÜRST, Heiko (2008): Europäische Außenpolitik zwischen Nation und Union. Die Konstruktion des polnischen, rumänischen und ungarischen Diskurses zur GSP. Baden-Baden; Demokratie, Sicherheit, Frieden 185.

GABANYI, Anneli Ute (2008): Rumänien: Populismus als Instrument der Machtsicherung. Südosteuropa Mitteilungen 48/2, 56-67.

HEINTZ, Monica (2006): Culture, Society, and Economic Crises in Post-1989 Romania. In: TÖTÖSY DE ZEPETNEK, Steven; ANDREAS, Carmen; MARSOVSZKY, Magdalena (Hg.): The New Central and East European Culture. Aachen, 177-186.

KEIL, Thomas J. (2006): Romania's Tortured Road toward Modernity. New York, East European Monographs, DLCXXXVI.

KRASKE, Marion; PUHL, Jan; SCHWABE, Alexander (2005): CIA-Geheimlager. Im Osten nichts Neues. Spiegel online vom 6.12.2005 (Abruf September 2010).

PIEHL, Ernst (2007): Vertiefte Schwarzmeerkooperation im Interesse der Europäischen Union. *http://library.fes.de/pdf-files/bueros/bruessel/04386.pdf* (Abruf September 2010).

SIEDSCHLAG, Alexander; OPITZ, Anja (2008): Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union und ihre „Osterweiterung". In: SCHWARCZ, Iskra; SUPPAN, Arnold (Hg.): Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung. Wien, Europa Orientalis 5, 73-89.

Südosteuropa 2007: Rumänischer Boykott im Europarat 2007 (Abruf August 2010), *www.sudosteuropa.at/index.php?id=38&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=1005&tx_ttnews%5BbackPid%5D=3&cHash=145e9b419e*.

VALÁŠEK, Tomáš (2005): New EU-Members in Europe's Security Policy. Cambridge Review of International Affairs 18/2, 117-128.

Olé, Olé, Olé – Ceauşescu nu mai e![1]

Darstellung und Wahrnehmung des Umsturzes in der deutschsprachigen rumänischen Presse

Friederike MÖNNINGHOFF (Bremen)

Abstract

1989 was a year full of upheavals. It turned communist Eastern Europe upside down, changed the geopolitical situation in the entire Europe forever and ended the Cold War, which had shaped the world for decades and divided it into two camps. This article deals with the Romanian Revolution of 1989 and with the way it was portrayed in the German-Romanian minority press. To examine how the revolution was portrayed, sample issues of the "Hermannstädter-newspaper“, and the "Neuer Weg" from the second half of December 1989 were analysed. The focus of the article is not on the "historical truth". It is rather an attempt to better understand the experiences and emotions of contemporary witnesses via existing news and press coverage. The German minority found itself in the situation of being torn between hoping for a fresh start and the fear that the group's existence in Romania would end with the opening of borders. The newspapers reflect the whole situation in the country in their articles and in their often highly emotional style. In the reports of those days, December 1989, shock and grief alternate with joy, pride, relief and hope. The people were on the threshold of a historical new beginning. What has remained of that? Many people feel cheated of “their” revolution feeling based on things developed thereafter. More scientific work and rehabilitation is still necessary for them in order to be able to come to terms with their past.

Einleitung

1989 war ein Umsturzjahr, das das kommunistische Osteuropa auf den Kopf stellte, die geopolitische Situation in ganz Europa nachhaltig verän-

[1] Dies ist ein handschriftlicher Kommentar auf der ersten Seite der Ausgabe des „Neuen Wegs“ vom 22.12.1989, die mir zur Analyse vorlag.

derte und den Kalten Krieg beendete, der die Welt über Jahrzehnte bestimmt und in zwei Lager gespalten hatte.

In diesem Artikel geht es um den Umsturz 1989 in Rumänien und wie dieser in der deutschsprachigen rumänischen Minderheitenpresse dargestellt wurde. Es dreht sich also nicht um die Suche nach „historischer Wahrheit“, sondern um den Versuch, über die Berichterstattung in zwei exemplarisch ausgewählten Medien die Presse als Spiegel ihrer Zeit zu sehen und so den Erlebnissen und Gefühlen der Zeitzeugen näher zu kommen. Dabei werde ich zunächst den Verlauf der Revolution darstellen und anschließend die beiden Untersuchungsgegenstände, die „Hermannstädter Zeitung“ (HZ) und den „Neuen Weg“ (NW) in einem kurzen Überblick skizzieren. Dies sind Medien, die für die deutsche Minderheit in Rumänien eine wichtige Rolle spielen. Anschließend komme ich zum Hauptteil dieses Beitrags, der Revolutionswahrnehmung in den beiden ausgewählten Medien.

1. Die rumänische Revolution 1989

Im Dezember 1989 entlud sich die Wut der Menschen in Rumänien über ihre miserablen Lebensbedingungen – es gab nicht genügend Lebensmittel, Heizöl, Benzin, Strom etc. – in einer Revolte gegen Nicolae Ceauşescu und seine Frau Elena sowie gegen das gesamte System. Ob dies wirklich eine Revolution war oder ein Putsch oder etwas dazwischen – was meiner Meinung nach am ehesten zutrifft –, ob es geplant oder spontan stattfand, ob ausländische Geheimdienste involviert waren oder nicht, kann und soll an dieser Stelle nicht geklärt werden. Sicher ist, dass Nicolae Ceauşescu in diesen Tagen gestürzt und sein Regime beendet wurde, doch bleibt Vieles aus jenen Dezembertagen bis heute ungeklärt und bedarf einer gründlichen Aufarbeitung. Ob diese jedoch je vollständig erfolgen kann, bleibt fraglich.

In Rumänien prägt die Frage, ob 1989 eine Revolution gewesen ist, jeden politischen und wissenschaftlichen Diskurs und jeden Versuch einer Narration darüber (Mascan 2009: 114). Selbst die Toten jener Tage werden

 © Frank & Timme Verlag

zum Gegenstand der Auseinandersetzungen (GRANCEA 2007: 67f), deutlich zu erkennen beispielsweise in den beiden (Gegen)Denkmälern in der Strada Revoluţei in Hermannstadt, wo ein Denkmal vor der Militärkaserne und eines gegenüber vor dem ehemaligen Miliz- und Securitategebäude der jeweils „eigenen Toten" der Revolution gedenkt. Beide sind stark heroisierend und zeigen den Kampf um Deutungshoheit. Aus den dargelegten Gründen und aus Ermangelung eines wirklich treffenden Begriffs werden daher im Folgenden die Termini „Revolution" und „Umsturz" synonym benutzt.

Entzündet hatte sich das Ganze am 15. Dezember 1989 in Temeswar (Timişoara), als sich Hunderte Menschen versammelten, um gegen die geplante Abschiebung des ungarischen Pfarrers László Tökes zu protestieren.[1] In den folgenden zwei Tagen verschärfte sich die Situation, es kam zu Kämpfen mit Toten und Verletzten. Ceauşescu rief den Notstand aus und brandmarkte die Demonstranten als Terroristen, was jedoch nicht verhinderte, dass die Revolution sich ausbreitete: Ab dem 20. Dezember begannen Unruhen in anderen rumänischen Städten. Endgültig eskalierte die Situation, als Ceauşescu eine „Volksversammlung" in Bukarest einberief. Sie war als Jubeldemonstration geplant, doch die Stimmung schlug um und die Menschen buhten ihn aus: „Jos Ceauşescu!" („Nieder mit Ceauşescu!") und „Vrem libertate!" („Wir wollen Freiheit!") wurde skandiert, während es landesweit im Fernsehen übertragen wurde.

Inzwischen fanden überall in Rumänien Demonstrationen statt, die häufig in blutigen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften endeten. In Siebenbürgen waren vor allem Kronstadt (Braşov) und Hermannstadt (Sibiu)[2] betroffen: „In Hermannstadt sollen eine Million Patronen abge-

---

[1] Die chronologische Darstellung der Ereignisse folgt KOLAR, Othmar: Rumänien und seine nationalen Minderheiten 1918 bis heute. Wien 1997: 373f.

[2] Da ich mich mit Medien der deutschen Minderheit beschäftige, verwende ich auch die deutschen Ortsnamen.

schossen worden sein. Das Resultat: 93 Tote, 218 Verletzte, 96 zerstörte Häuser“ (HZ 19.11.1999: 3).

Am 22. Dezember unterlag das ganze Land dem Ausnahmezustand. Nach einer missglückten Ansprache an das Volk flüchtete das Ehepaar Ceauşescu mit dem Hubschrauber, während das Zentralkomitee gestürmt wurde. Die Revolutionäre eroberten das Fernsehen. Ion Iliescu, der später der erste Präsident des postsozialistischen Rumänien werden sollte, trat zum ersten Mal öffentlich auf und mit ihm „Frontul Salvării Naţionale“ („Front der Nationalen Rettung“/FNR). Sie füllten das entstandene Machtvakuum und trugen damit zu einer anhaltenden, stark ausgeprägten personellen und institutionellen Kontinuität bei (KOCKA 2009: 48). Die Ceauşescus wurden auf ihrer Flucht gefasst und nach einem sehr kurzen Schauprozess am 25. Dezember 1989 hingerichtet. Doch auch nach dem Tod des Diktatorenpaares ging die Gewalt noch weiter: „Die Gewalttäter dieser Tage wurden auch 20 Jahre nach 1989 noch nicht identifiziert. Die Taten wurden gespensterhaften ‚Terroristen‘ zugeschrieben“ (MASCAN 2009: 118). Die Revolution endete nach Schätzungen mit mehr als 1000 Todesopfern und über 3000 Verletzten (GABANYI 1996: 7f).

Mit dem Ende der kommunistischen Diktatur öffneten sich die Grenzen und so kam es, dass 1990 viele Menschen, die schon lange „auf gepackten Koffern saßen“, nach Deutschland aussiedelten: Allein im ersten Jahr nach dem Umsturz verließen über 100.000 Deutsche Rumänien (Aussiedlerstatistik des Bundesverwaltungsamts), häufig zog eine Aussiedlung die nächste nach sich. So entstand eine Massenbewegung, die besonders die beiden großen Minderheiten, Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, betraf. Lebten 1944 noch rund 260.000 Siebenbürger Sachsen auf rumänischem Territorium, sind es nach der massiven Aussiedlung heute nur noch circa 10.000 (rumänische Volkszählung 2001). Die meisten Aussiedler leben heute in Deutschland, sind aber auch – wie früher bereits – unter anderem nach Österreich, Kanada und in die USA gegangen.

 © Frank & Timme Verlag

2. Die deutschsprachigen Zeitungen

Eine Annäherung an die damalige Wahrnehmung der Ereignisse soll anhand einer Analyse der Berichterstattung in den beiden eingangs erwähnten Zeitungen erfolgen. Daher werde ich zunächst, bevor ich zum eigentlichen Gegenstand – der Revolutionswahrnehmung in der deutschsprachigen Presse – komme, in einem kurzen Überblick die „Hermannstädter Zeitung“ und den „Neuen Weg“ vorstellen.

2.1 Die Woche – Hermannstädter Zeitung

Die „Hermannstädter Zeitung“ erschien erstmals am 16. Februar 1968.[1] Sie ist eine Wochenzeitung, die bis heute jeden Freitag erscheint. Die ersten Auflagen lagen bei 3000 Exemplaren, in den 1970er Jahren gab es einen Höhepunkt mit 10.000 Exemplaren, doch seitdem ist die Auflage, vor allem auch bedingt durch die massive Auswanderung der Siebenbürger Sachsen, stark zurückgegangen und liegt heute bei etwa 2000 (GALON 2008: 105).

Als Wochenzeitung und Publikationsorgan der Minderheiten versuchte sie immer wieder, auch in den Zeiten der stark restriktiven Medienpolitik Ceauşescus Spielräume zu nutzen. Sie war ein Organ der Rumänischen Kommunistischen Partei, so mussten auch die Redakteure Parteimitglieder sein – wie in vielen Berufsgruppen üblich –, und die ersten Seiten der Zeitung waren mit offiziellen Verlautbarungen, dem Abdruck von Reden und Ähnlichem zu füllen. Doch bemühte sie sich insbesondere im Kulturteil, einen Bogen zur eigenen, siebenbürgisch-sächsischen Kultur zu schlagen. Dort wurde dann über Brauchtum, Mundart und vieles mehr berichtet.

---

[1] Die Darstellung der „Hermannstädter Zeitung“ folgt der Monographie von GALON, Anna: Zwischen Pflicht und Kür. Die Hermannstädter Zeitung und die Siebenbürger Sachsen im kommunistischen Rumänien und nach der Wende. Hermannstadt / Sibiu 2008.

Die Zeitung musste sich wegen des Verbots minderheitlicher Ortsnamen Ende Oktober 1971 in „Die Woche“ umbenennen, nahm jedoch mit der ersten freien Ausgabe wieder ihren alten Namen an. Die letzte „Woche“ gab es am 15. Dezember 1989, der Chefredakteur hatte wegen des totalen Ausnahmezustandes entschieden, die Ausgabe am 22. ausfallen zu lassen. So erschien die „Hermannstädter Zeitung“ erstmals frei und außerplanmäßig, schwarz-weiß und mit einem Umfang von vier Seiten – bis dahin waren zwölf üblich gewesen – am 26. Dezember 1989.

2.2 Neuer Weg – Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien

Der „Neue Weg“ wurde 1949 in Bukarest aus der Taufe gehoben und erschien am 13. März zum ersten Mal als Organ des neu geschaffenen „Antifaschistischen Deutschen Komitees“. Es sollte „dessen Aufklärungsarbeit in die breiten Massen der deutschen werktätigen Bevölkerung“ (MÜLLER 2002: 74) verbreiten. Die herausgebenden Organe wechselten, die Zeitung blieb bis 1989 ein politisches Sprachrohr (OLHAUSEN 2005: 206). Ähnlich wie in der „Hermannstädter Zeitung“ gehörten die ersten Seiten der dienstags bis sonntags erscheinenden Tageszeitung der Parteipolitik und dem Kult um Ceauşescu. Doch auch der „Neue Weg“ versuchte, die Minderheitennische für sich zunutzen und die Zensur immer mal wieder zu umgehen. Dies geschah insbesondere mit Themen, die die deutsche Minderheit betrafen sowie mit Berichten aus der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings waren, ebenso wie auch für die „Hermannstädter Zeitung“, zwei existentielle Themen der Minderheit tabu: Religion und Kirche sowie Auswanderung. Beide Zeitungen standen immer in einem Zwiespalt zwischen Partei und Minderheit (MÜLLER 2002: 75-80).

Schwankte die Auflage des „Neuen Wegs“ bis 1989 zwischen sechzig- und siebzigtausend, waren es nach der massiven Auswanderung im Jahr 2000 nur noch etwa 5000 Exemplare. Sie erscheint zudem inzwischen nur noch an fünf Tagen, dienstags bis samstags (MÜLLER 2002: 75 und 105). Die Zeitung benannte sich Anfang 1993 in „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“ um und enthält seitdem auch die „Banater Zei-

 © Frank & Timme Verlag

tung“ (Nachfolger des Banater Generalanzeigers) als wöchentliche Beilage. 1996 kam dann die „Karpatenrundschau“ hinzu. Die Beilagen werden bis heute von eigenen Redaktionen produziert (MÜLLER 2002: 107).

Bei den Zeitungen macht sich die starke Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nicht nur in der Leserschaft sondern auch in den Redaktionen bemerkbar. Bei den deutschsprachigen Redakteuren stehen die Zeitungen inzwischen in direkter Konkurrenz zur freien Wirtschaft, da sich mit Deutschkenntnissen dort mehr Geld verdienen lässt als bei den Zeitungen, deren finanzielle Lage oft schwierig ist (OLHAUSEN 2005: 210).

Die „Hermannstädter Zeitung“ sowie die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“ sind die Überbleibsel einer ehemals reichen deutschsprachigen Presselandschaft: „In der Zeit zwischen den Weltkriegen erschienen in Rumänien 77 Zeitungen und 30 Zeitschriften in deutscher Sprache“ (GALON 2008: 8). Der Gang der Geschichte und die massive Auswanderung haben diese Pressevielfalt zusammenschrumpfen lassen. Das ändert jedoch nichts an der Bedeutung dieser Medien für die deutsche Minderheit in Rumänien, da sie Informationen in der Muttersprache liefern und durch Berichte über die eigene Kultur identitätsstiftend wirken, auch über die Grenzen des Landes hinaus, wie es die ausländischen Abonnenten belegen. Diese Identitätssicherung, aber auch Identitätsaushandlung spielten schon in den ersten freien Ausgaben der Zeitungen im Dezember 1989 eine große Rolle, wie das nächste Kapitel zeigen wird.

3. Der Umsturz in der deutschsprachigen Presse Rumäniens

Im Folgenden werden Wahrnehmung und Darstellung der rumänischen Revolution 1989 in der deutschsprachigen Presse Rumäniens exemplarisch an der „Hermannstädter Zeitung“ als einem regionalen Wochenblatt und dem „Neuen Weg“, der landesweiten deutschsprachigen Tageszeitung, dargestellt.

In die Analyse des „Neuen Wegs“ flossen die Ausgaben vom 23. Dezember bis Ende des Jahres 1989 ein, bei der „Hermannstädter Zeitung“ sind es die Ausgaben vom 26. Dezember und 29. Dezember 1989 sowie vom 5.

Januar 1990. Ich konzentriere mich bei der gesamten Analyse auf den Umsturz sowie die ersten Tage danach, als alles Erlebte noch sehr unmittelbar und von hoher Emotionalität war, wie aus Interviews zu entnehmen ist, die die Grundlage meiner Medienanalyse bilden.[1]

3.1 Hermannstädter Zeitung: *Die Bevölkerung unseres Kreises begrüsst den Tag, an dem Rumänien seine Freiheit und Würde errang!*[2] (HZ 26.12.1989: 1)

Direkt unter der großen Überschrift springt ein Kasten mit einem Aufruf zum Blutspenden ins Auge, der mit dem Satz endet: „Jeder Tropfen Blut wird gebraucht, um die Zivilisten und Soldaten zu retten, die im Kampf für Freiheit und Demokratie verwundet wurden." Blutspende wird damit zur obersten Bürgerpflicht. Einer meiner Interviewpartner beschrieb, dass Blutspenden für ihn eine Möglichkeit gewesen sei, seinen Teil zur Revolution beizutragen, ohne selbst auf die Straße zu gehen (Interview F.I. 30.9.2008: 2).

Darunter schließt sich das „Kommuniqué des Rates der Front der Nationalen Rettung" (FNR) an, in dem er sich an die Bevölkerung wendet:

> „Liebe Bürgerinnen und Bürger! Wir erleben einen historischen Augenblick. [...] Wir alle wissen es und erkennen es an, dass dieser Sieg, über den sich das ganze Land freut, das Ergebnis der Opferbereitschaft der Volksmassen aller Nationalitäten und in erster Linie unserer bewundernswerten Jugend ist, die uns mit dem Preis des Blutes das Gefühl der nationalen Würde wiedergegeben hat."

---

[1] Die Interviews führte ich im Rahmen meiner Promotion. Titel der entstehenden Arbeit ist „1989 – Die rumänische Revolution und die Siebenbürger Sachsen: Zur Krise individueller Erinnerung und kollektiven Gedächtnisses. Eine empirische Forschung aus biographischer Perspektive". Es handelt sich um eine kulturwissenschaftliche Promotion an der Universität Bremen, gefördert durch ein Stipendium der Stiftung Bildung und Wissenschaft.

[2] In den Zitaten werde ich die Schreibweise der Zeitungen wegen der besseren Lesbarkeit nicht mit einem [sic!] kennzeichnen, was häufig notwendig wäre, da die Texte beispielsweise ohne „ß" gedruckt sind.

© Frank & Timme Verlag

Hier zeigt sich ein Motiv, das auch in der weiteren Berichterstattung immer wieder auftaucht: In der Revolution hätten alle gemeinsam, ohne Unterschied der Nationalität, um die Freiheit gekämpft. Viele meiner Interviewpartner haben dieses Gefühl der allgemeinen Verbundenheit in den ersten Tagen nach dem Umsturz beschrieben. Dass der Anteil der verschiedenen Nationalitäten an den Geschehnissen sehr unterschiedlich war, trat in den Hintergrund, war unwichtig – und anders hätte der Umsturz in dem Vielvölkerstaat Rumänien wohl auch nicht funktionieren können.

Ein weiteres immer wiederkehrendes Thema ist die Revolutionsbereitschaft der jungen Menschen, die sich in der Tat sehr viel beteiligten und aus deren Reihen auch viele der Opfer kamen. Zudem macht es das Bild des Regimes noch grausamer, da es auf seine eigene Jugend schießen ließ. Das Bild der jungen, mitten aus dem Leben gerissenen Toten und deren Familien kehrt in beiden Zeitungen immer wieder und bildet eine Art Leitmotiv.

In dem Kommuniqué wird außerdem betont, dass die Entstehung des „Rates der Front der Nationalen Rettung" spontan und ungeplant war: „In diesem entscheidenden Augenblick haben wir beschlossen, uns in der Front der Nationalen Rettung zusammenzuschließen, die sich auf die Armee stützt und alle gesunden Kräfte des Landes umfasst, ohne Unterschied der Nationalität." Auch hier ist wieder das Moment der Brüderlichkeit erkennbar, die Unterstützung der Armee steht für Legitimität. Die Iliescu-Regierung benötigte den Faktor der Spontaneität, um ihre These von der „vollendeten Revolution" stützen zu können. Diese These wiederum war notwendig für die Legitimierung der neuen Regierung (MASCAN 2009: 119).

Die erste Verlautbarung des FNR geht auf Seite drei weiter. Es wird das Streben nach Freiheit und Demokratie an oberste Stelle gesetzt, die Zerschlagung der Machtstrukturen Ceauşescus – aus denen Iliescu selbst stammt – sowie die Einsetzung einer neuen Ordnung. Es geht außerdem um Minderheitenrechte, die Sicherung des täglichen Bedarfs an Lebens-

mitteln und Öl sowie die außenpolitische Wendung nach Europa. Außerdem werden die Mitglieder des FNR vorgestellt.

Auf der ersten Seite neben dem Kommuniqué steht ein Beitrag, der sich „an unsere deutschen Mitbürger“ wendet. Hier wird der Revolutionscharakter sehr stark betont: „Eine vom Volk getragene Revolution hat die Ceauşescu-Clique samt allen ihren Machtstrukturen hinweggefegt.“ Weiterhin ist der Text ein Appell an die deutsche Minderheit, nicht auszuwandern, jetzt da „in Rumänien das Leben lebenswert zu werden verspricht.“ Die Minderheit solle eine eigene Vertretung für ihre Interessen aufstellen und sich in die Neuordnung Rumäniens mit einbringen. Auch hier gibt es eine starke Betonung des interethnischen Zusammenhalts: „Gehen wir, Freunde, Seite an Seite mit unseren rumänischen und ungarischen Brüdern, überall hin, wo es not tut!“ Diese Brüderlichkeit steht in starkem Gegensatz zu dem im Kommunismus propagierten Nationalismus und der Unterdrückung der damals so genannten „mitwohnenden Nationalitäten“.

Unten auf der Titelseite der ersten freien Ausgabe sieht man ein Bild vom Großen Ring (Piaţa Mare) in Hermannstadt. Man sieht eine Menschenmenge, die sich zu Demonstrationen sammelt. Kurz nach der Aufnahme wurde hier scharf geschossen und es „fielen die ersten Opfer“. Insgesamt gibt es, zumindest in Hermannstadt, relativ wenig Fotografien der Ereignisse, da fotografieren nur unter sehr schwierigen und gefährlichen Bedingungen möglich war. Daher haben die Bilder einen starken, über ihren eigenen Inhalt hinausgehenden Symbolcharakter und sind, wie ich in den Interviews feststellen konnte, durchaus auch in die kollektive Erinnerung eingegangen.

© Frank & Timme Verlag